Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen Bocholt: Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 83 | Freitag, den 23. März | Jahrgang 1928

Das Parteiprogramm der Altsozialisten.

Von unserem Dresdner Mitarbeiter.

)(**Dresden,** 22. März.

Die sächsischen Altsozialisten, die sich seit einiger Zeit „Altsozialdemokratische Partei Deutschlands" (A. S. P. D.) nannten und damit ihre Ausdehnung auf das Reich vollzogen und dokumentierten, treten jetzt endlich mit einem großzügig ausgearbeiteten Entwurf zum offiziellen Parteiprogramm an die Oeffentlichkeit. Ihre Presse, der „Volksstaat", gibt ihn soeben bekannt und versieht ihn mit einem langen Kommentar. Das Programm ist in vielen Punkten interessant und lehrreich zugleich, und wer etwa immer noch gehofft hat, daß sich die sächsischen Sozialisten doch in absehbarer Zeit wieder auf einer Linie einigen würden, ist nun endgültig enttäuscht. Die Sprache des Programms läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

In elf Abschnitten werden die Ziele der Partei behandelt. Allem voran ist der Dienst der Partei am Volk und — am Staat sehr scharf betont. „In der A. S. P. findet jene bedeutungsvolle Wendung ihren Ausdruck, die sich innerhalb der deutschen Arbeiterschaft gegenwärtig vollzieht, und deren Inhalt es ist, vom staatsverneinenden Standpunkt der Vergangenheit zum Standpunkt vorbehaltloser Staatsbejahung zu führen." Diese Betonung des Staates soll offenbar sofort ganz klar den Unterschied zur übrigen Sozialdemokratie hervorheben, die ja in den letzten Jahren in Sachsen sowohl wie im Reich in ständiger Opposition zu den Regierungsparteien stand. Und so sehr die A. S. P. sich als echt sozialistische Partei bezeichnet, so kehrt doch immer dieses Moment der Staatsbejahung wieder. Es steigert sich bis zum nationalen Gedanken im Sinne einer Wehrhaftigkeit, denn „die A. S. P. steht unter dem starken Gefühl der Beschränktheit der deutschen Machtmittel". Aus der Tatsache, daß das deutsche Volk fremden Nationen tributpflichtig geworden ist, wird der geschichtliche Beruf der deutschen Arbeiterschaft abgeleitet. „Der soziale Aufstiegs- und Befreiungswille muß sich, um erfolgreich sein zu können, mit dem nationalen Unabhängigkeitswillen des ganzen Volkes verschmelzen." Das Programm gibt zu verstehen, daß der Tributzwang, der auf Deutschland ruht, solange andauern wird, als das deutsche Volk als einziges unter den Völkern vollkommen wehrlos sei. Darum wird auch ausdrücklich die Pflege eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Volk und Reichswehr gefordert.

Solche Wendungen sind wahrhaft deutlich genug. Ihre Wirkung wird aber noch größer, wenn man sieht, daß das Programm die friedliche Annäherung an die fremden Nationen zu schwach betont. Das ist ein großer Mangel, der in den eigenen Reihen bestimmt sehr stark empfunden wird. Um so mehr, als ja in Wirklichkeit diese Friedensarbeit unter den Nationen ganz zweifellos in den Prinzipien der A. S. P. mitverankert ist. Es werden sich bestimmt sofort aus dem eigenen Lager Stimmen erheben, die eine Revision des Programms in diesem Sinne verlangen.

Ausdrücklich wird die Außerkraftsetzung des Versailler Vertrages, die Abrüstung aller Länder, Revision der Landesgrenzen, Rückgabe der Kolonien und die Vereinigung mit Oesterreich verlangt. Alles Momente, die echt national anklingen und die eine hochgehende Sprache erlauben. Natürlich wird auch das sozialpolitische Ziel der Partei stark unterstrichen und viel von den Lebensbedürfnissen des Volkes gesprochen. Aber auch hier wird nicht allein das Los des Arbeiters erwähnt, sondern es wird mit gut gewählten Worten versucht, alle Schichten des Volkes zu erfassen. Allerdings alle Schichten des schaffenden Volkes. „Die A. S. P. kennt die Bedeutung jedes Standes und jeder Klasse für die Gesamtheit. Wie sie für eine menschenwürdige Existenz der Industriearbeiter Sorge trägt, so fordert sie Schutzmaßnahmen für den Mittelstand, so will sie auch die Lebensinteressen der Bauernschaft fördern. Mit vollem Bewußtsein pflegt sie das Gefühl für die Schicksalsgemeinschaft von Arbeitern und Bauern." Das Programm gibt diesen Sätzen vor allem Nachdruck durch die sehr bemerkenswerte Erläuterung des Begriffes Sozialismus: „Sozialismus ist zunächst eine neue menschliche Haltung: nicht durch das Streben nach persönlichem, dinglichem Nutzen, sondern durch ein sittliches Gesetz bestimmt. Sozialismus ist mehr als ein neues Gesellschaftsrecht." Es wird vor allem die Revolution des Geistes betont. In diesem geistigen Sinne soll sich der von der Herrschaft des dinglichen Nutzens erniedrigte Mensch erheben. Der Errungenschaft der menschlichen Freiheit durch die sog. bürgerliche Revolution wird die menschliche Pflicht als Errungenschaft der neuen Revolution des 20. Jahrhunderts entgegengestellt. Der neue Mensch soll geschaffen werden, dem Einordnung, Arbeit und Opfer für die Gemeinschaft stolze Erfüllung des Lebenszweckes sind.

Dem Reichsbanner gegenüber betont das Programm erneut die unbedingte, republikanische Gesinnung. Die republikanische Staatsform wird als die Form bezeichnet, in der die Rechte des Volkes am naturgemäßesten gewahrt würden. Das Reichsbanner hatte ja gerade die republikanische Gesinnung angezweifelt und angebliche nationalsozialistische Tendenzen zum Vorwand genommen, um die A. S. P. aus seinen Reihen auszuschließen.

Das Programm ist mit Absicht jetzt vor den Wahlen fertiggestellt worden. Denn es soll sich ja nun zum ersten Mal zeigen, inwieweit die A. S. P. auch im Reich Fuß fassen kann. Die Hoffnungen der A. S. P.-Leute inbezug auf diese Reichstagswahlen sind immer noch recht groß. Dann aber soll auch vieles, was in Sachsen an Agitationsarbeit versäumt worden ist, nachgeholt werden. Das Programm leitet eine neue Periode auch für die sächsischen Landtagswahlen ein, die doch sehr leicht eher stattfinden können, als es ordnungsgemäß vorgesehen ist. Bei diesen Landtagswahlen geht es dann sozusagen um die Existenz der A. S. P. Man sieht allmählich ein, daß man wenigstens die jetzigen vier Abgeordnetensitze retten muß, um sich einen entscheidenden Einfluß im nächsten Landtag zu sichern.

Ein Bestechungsskandal bei der Reichsbahn.

Ueber 100 000 Mark „Lizenzgebühren" für einen Oberbaurat.

Berlin, 22. März. Ein Bestechungsskandal, der in den Kreisen der Deutschen Reichsbahn spielt, beschäftigt augenblicklich die Staatsanwaltschaft 1 Berlin und die Disziplinarbehörden der Reichsbahnverwaltung. Wie die „B. Z." dazu berichtet, scheint festzustehen, daß während des letzten Jahres an hohe Beamte der Reichsbahn Bestechungsgelder ungefähr im Betrage von 100 000 Mark gegeben worden sind. Als vor einigen Monaten Gerüchte auftauchten, daß an der Verteilung von Lieferungen an die Eisenbahnbetriebe nicht alles mit rechten Dingen zugehe, wurde von der Hauptverwaltung der Reichsbahn festgestellt, daß von einer großen Kölner Firma, die Material für Güterwagen lieferte, 100 000 Mark Bestechungsgelder gezahlt worden seien. Bei der Generalstaatsanwaltschaft Berlin ist zur Untersuchung der Angelegenheit ein besonderes Dezernat eingesetzt worden. Staatsanwaltschaftsrat Hermanns hat bereits in Köln die Bücher der Firma beschlagnahmt, aus denen die Ueberweisung der Bestechungsgelder hervorgeht. Dem genannten Blatt zufolge soll es sich hauptsächlich um einen Oberbaurat und einen Reichsbahndirektor handeln.

Zu der Affäre berichtet eine Berliner Korrespondenz: Das Eisenbahnzentralamt in Berlin hat für die gesamte Deutsche Reichsbahn das notwendige Material, die Lokomotiven, Wagen, Schienen usw. zu beschaffen. Wiederholt ist behauptet worden, daß in der Zentrale der eine oder der andere Beamte nicht mit der erforderlichen Korrektheit arbeite. Vor einigen Wochen tauchte nun wiederum ein Gerücht auf, daß bei der Vergebung von Eisen für Waggonbauten eine Kölner Firma in auffälliger Weise bevorzugt worden sei. Als diese Gerüchte sich immer mehr verdichteten, unterbreitete Generaldirektor Dorpmüller der Staatsanwaltschaft das gesamte Material, soweit es der Reichsbahn bekannt geworden war. Der beschuldigte Oberbaurat Schultze, der beim Eisenbahnzentralamt in erster Linie als Konstrukteur tätig war, hatte eine Erfindung gemacht, die eine wesentliche Verbesserung der sogenannten Achslagerschalen brachte. Als Beamter hätte er diese Erfindung seiner Behörde zur Verfügung stellen müssen. Das tat Oberbaurat Schultze jedoch nicht, sondern er schloß im November 1924 mit einer Kölner Firma einen Vertrag, in dem ihm für alle Ankäufe der Schutze'schen Lagerschalen durch das Eisenbahnzentralamt eine Provision von 5 Proz. zugesichert wurde. Schultze verstand es, auf die Bestellungsabteilung in soweit Einfluß zu nehmen, daß von dort aus tatsächlich die Kölner Firma in sehr starker Weise herangezogen wurde. Wie groß die Bestellungen des Eisenbahnzentralamtes bei dem Kölner Unternehmen gewesen sind, geht aus der Tatsache hervor, daß im Laufe der Jahre der Oberbaurat weit über 100 000 Mark Lizenzgebühren erhalten hat. Er soll jedoch, wie verlautet, die ihm zustehenden Lizenzgebühren nur zum Teil erhalten haben. Auf dem Wege von Köln nach Berlin ist ein Teil der für ihn bestimmten Summen hängen geblieben, und von einem Angestellten unterschlagen worden. Es ist damit zu rechnen, daß die Untersuchung noch weitere Ausdehnung erfährt, zumal jetzt auch noch andere Gerüchte ernstlich nachgeprüft werden sollen, die über das Zentralamt im Umlauf sind.

Von zuständiger Stelle wird erklärt: Die Hauptverwaltung der Reichsbahn hat im Herbst 1927 eine Kommission zur Reorganisation des Zentralamtes eingesetzt. Diese Kommission hatte die Aufgabe, das Zentralamt, das eine Organisation von 900 bis 1000 Personen darstellt, nicht nur zu reorganisieren, sondern nebenamtlich auch den Gerüchten nachzugehen, die immer wieder über angebliche Bestechungen bei der Reichsbahn vorkamen. Auf Anregung dieser Kommission ist nunmehr auch gegen einen Beamten in Köln, der der Bestechung für verdächtig gehalten wird, Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden. (Es scheint sich demnach bei der Bestechungsaffäre nur um Oberbaurat Schultze zu handeln.)

*

Die „Köln. Ztg." meldet ausführlicher über den Fall: Die geschäftlichen Beziehungen zwischen Oberbaurat Schultze und der Firma R. in Köln datieren aus dem Jahre 1924. Oberbaurat Schultze war beim Eisenbahnzentralamt in erster Linie als Konstrukteur tätig, und zwar hatte er vor allen Dingen in der Abteilung für Waggonbau zu tun. Direkte Bestellungen hatte er dagegen nicht zu erteilen, obwohl er natürlich und dieser Abteilung als Sachverständiger immer dann herangezogen wurde, wenn es sich darum handelte, Aufträge zu vergeben. Schultze befaßte sich besonders mit dem Unterbau von Eisenbahnwaggons, mit der Lagerung der Achsen, und er hatte hier eine Erfindung gemacht, die eine wesentliche Verbesserung der sogenannten Achslagerschalen brachte. Als Beamter hätte er diese Erfindung seiner Behörde zur Verfügung stellen müssen, das tat Oberbaurat Schultze jedoch nicht, sondern er nahm, ohne seinen Titel anzugeben, ein Patent auf die Erfindung. Bei einer Unterhaltung mit dem Vertreter der Firma Hans Reisert, Kommanditgesellschaft in Köln, erwähnte Oberbaurat Schultze diese Erfindung und das Kölner Unternehmen machte Schultze den Vorschlag, das Patent zu verkaufen. Darauf ging der Oberbaurat jedoch nicht ein, sondern er schloß im November 1924 mit Reisert einen Vertrag, in dem ihm für alle Ankäufe der Schultzeschen Lagerschalen durch das Eisenbahnzentralamt eine Provision von 5. v. H. zugesichert wurde. Nun geriet Schultze verständlich in einen schweren Gewissenskonflikt, denn er selbst hatte als Konstrukteur von Waggons darüber mitzuentscheiden, welche Einzelteile beim Bau Verwendung finden sollten. Schultze entschied sich, wie leicht zu erklären ist, in der Folgezeit bei den Bestellungen in sehr wesentlichem Maße für die Kölner Firma Reisert, da sein finanzielles Interesse hiermit auf das engste verknüpft war. Schultze verstand es auch, auf die Bestellungsabteilung insoweit Einfluß zu nehmen, daß von dort aus tatsächlich die Firma Reisert in sehr starker Weise herangezogen wurde. Wie groß die Bestellungen des Eisenbahnzentralamtes bei dem Kölner Unternehmen gewesen sind, geht aus der Tatsache hervor, daß im Laufe der Jahre der Oberbaurat weit über 100 000 Mark Lizenzgebühren erhalten hat. Im vorigen Herbst ging die Firma Reisert zwar in Konkurs, wurde jedoch im Januar d. J. wieder saniert und arbeitete seitdem mit dem Zentralamt weiter. Die Sanierung der Firma wird die Staatsanwaltschaft noch besonders interessieren, denn, wie verlautet, ist es nur deshalb gelungen, neues Kapital in Köln zu finden, weil die alten Inhaber der Firma Reisert sich auf den Lizenzvertrag mit dem Oberbaurat Schultze stützten und dabei erklärten, daß in Zukunft das Unternehmen in noch weit stärkerem Maße vom Eisenbahnzentralamt berücksichtigt werden würde, als dies bisher geschehen ist. Bei der besonderen Bedeutung der Angelegenheit hat Generalstaatsanwalt Linde die Untersuchung selbst eingeleitet und den Staatsanwaltschaftsrat Hermann, der ähnliche Fälle schon mit Erfolg bearbeitet hat, mit der Untersuchung beauftragt. Staatsanwaltschaftsrat Hermann ist vor einigen Tagen nach Köln gefahren, erschien dort unvermutet im Büro der Firma Reisert und beschlagnahmte mit Hilfe von Kölner Polizeibeamten die Bücher bis zum Jahre 1923. Gegenwärtig werden bei der Staatsanwaltschaft 1 diese Unterlagen nachgeprüft, um die wirkliche Höhe der gezahlten Summen zu ermitteln. Auch bei der Reichsbahn-Gesellschaft hat man alles getan, um die Verrechnungen des Eisenbahnzentralamts sicherzustellen. Geheimrat Bener von der Reichsbahn-Gesellschaft und Reichsbahndirektor Lindermeyer haben die Untersuchung, soweit die Reichsbahn in Frage kommt, selbst in die Hand genommen, und der Staatsanwaltschaft die gewünschten Belege zur Verfügung gestellt.

Der Aufmarsch zu den Wahlen.

Als Ergebnis der Besprechung des Reichskanzlers mit den Parteiführern wurde gemeldet, daß die Neuwahlen spätestens am 20. Mai stattfinden sollen. Wichtiger scheint uns die von der „Frankfurter Zeitung" gestellte Frage, wann die Wahlen frühestens stattfinden können, und dringend erwünscht die Anberaumung des frühest möglichen Termins. Denn am 4. Juni wird in Genf der Völkerbundsrat zusammentreten. Dort soll nun endlich die Frage der Räumung des Rheinlands wieder aufgenommen werden. Mit Nachdruck und Autorität wird dazu nur eine Reichsregierung imstande sein, die auf Grund der neuen Zusammensetzung des Reichstags neu konstituiert ist. Wird erst am 20. Mai gewählt, so kann Anfang Juni erst das amtliche Ergebnis festgestellt sein und der Reichstag einberufen werden. Vor vier Jahren erfolgte die Feststellung am 16. Mai, zwölf Tage nach der Wahl. Die Möglichkeiten künftiger Mehrheitsbildung werden sich ja hoffentlich schon vor Zusammentritt der Volksvertretung übersehen lassen, sodaß vielleicht auch schon vorher der Reichspräsident in der Lage wäre, eine Regierung mit sicherer Mehrheit zu berufen. Aber die Erfahrung hat gelehrt, daß auch unter günstigen Verhältnissen eine neue Mehrheit sich kaum in ganz wenigen Tagen zusammenfinden, über Sach- und Personalfragen verständigen kann. Deshalb, so bemerkt mit Recht die „Frkf. Ztg.", sollte es, vornehmlich im Interesse unserer deutschen Außenpolitik, nicht heißen: spätestens am 20., sondern spätestens am 13. Mai und, wenn irgend möglich, definitiv am 6. Mai finden die Neuwahlen statt. Es ist übrigens nicht einmal notwendig, mit der amtlichen Anberaumung des Wahltermins bis zur Auflösung des Reichstages zu warten.

*

Der Industrie- und Handelsbeirat der Deutschen Zentrumspartei hat am Schluß seiner Berliner Tagung in einer Entschließung seiner Erwartung Ausdruck gegeben, daß bei den jetzt stattfindenden Kandidaten-Aufstellungen zum Reichstag und zu den Landtagen mindestens ebenso viele Kandidaten aus Industrie- und Handelskreisen an sicherer Stelle aufgestellt werden, wie das in den letzten Parlamenten der Fall war. Im Interesse der Partei würde man es für richtig halten, wenn sich darüber hinaus ermöglichen ließe, weitere Persönlichkeiten aus diesen Kreisen in die Parlamente zu bringen, „da die wirtschaftlichen Fragen in immer größerem Umfange in der Politik eine Rolle spielen". Die „Kölnische Volkszeitung" bemerkt hierzu, notwendige Voraussetzung sei, daß jeder Kandidat, woher er auch kommen möge, zunächst einmal fest auf dem Boden des Zentrumsprogramms stehe und die allgemeine intellektuelle und moralische Eignung zum Volksvertreter, zum Vertreter unserer Wählerschaft schlechthin besitze. Dann aber sei es für die Unternehmer so wichtig, innerhalb der Zentrumspartei und -fraktion Fühlung mit den Arbeiterkreisen zu pflegen, wie umgekehrt für die Arbeiter, in der Partei und im Parlament Unternehmer zu wissen, die vom Boden der gleichen Grundsätze aus Verständnis auch für ihre Sorgen haben. Weiter sagt das Blatt:

„Wenn Herr Dr. ten Hompel mitteilte, aus geschäftlichen Gründen auf sein Mandat verzichten zu müssen, wenn man ihn also mit Bedauern scheiden sehen muß, so versteht es sich wohl von selbst, daß an seiner Stelle die industriell so hoch entwickelte Provinz Westfalen wiederum auch einen hervorragenden Vertreter der industriellen Unternehmerschaft in den Reichstag entsenden wird. Dasselbe gilt für die Vertretung der bedeutsamen rheinischen Industriekreise. Das scheint uns eine so selbstverständliche Forderung, daß darüber kaum etwas weiteres zu sagen nötig wäre. Es kommt ja den Unternehmern unserer Partei nicht auf das Gewicht der Zahl, sondern der Persönlichkeit an. Dem industriellen Westen hat es an solchen ja nie gefehlt, und wir sind daher gewiß, daß Rheinland und Westfalen auch im kommenden Reichstag durch Persönlichkeiten aus diesem Kreise vertreten werden, die nicht nur der Zentrumsfraktion zur Zierde gereichen, sondern auch imstande sind, das Gewicht ihres Ansehens wie bisher im Sinne des wirtschaftlichen Aufstiegs und des sozialen Ausgleichs in die Wagschale zu werfen."

Diesen Bemerkungen ist zuzustimmen, und wir glauben, daß man ihnen auch in anderen berufsständischen Kreisen unserer Partei nicht widersprechen wird. Erinnert sei daran, daß sich noch unlängst der Abg. Imbusch über seinen Fraktionskollegen Florian Klöckner in einer von Arbeitern besuchten Zentrumsversammlung durchaus sympathisch geäußert hat.

*

Die Uebergehung Dr. Wirths bei der Aufstellung des Zentrumswahlvorschlags in Baden hat allgemein erhebliches Aufsehen erregt. Der „Vorwärts" bringt seine Entrüstung darüber zum Ausdruck. Einzelne Zentrumsblätter verhehlen nicht, daß ihnen diese Entscheidung nicht gefällt. Wir sind der Meinung, daß die badische Zentrumspartei, an deren Spitze der Dr. Wirth doch sehr gewogene Prälat Dr. Schofer steht, sich wohl überlegt hat, was sie sich zu tun entschloß, und daß es nicht angängig ist, ihr aus anderen Wahlkreisen dreinzureden. Dr. Wirth selbst scheint sich noch keiner Stelle gegenüber über die gegen ihn ausgefallene Entscheidung geäußert zu haben. Sogar seine nächsten Vertrauten in Berlin zeigen sich, wie wir erfahren, über seine eventuellen Pläne nicht unterrichtet. Darum hat man allen Grund, Zeitungsäußerungen gegenüber mißtrauisch zu sein, die andeuten, daß Wirth sich nicht ohne weiteres dem Spruch des badischen Zentrums fügen, vielmehr jetzt Versuche machen werde, sich irgendwo selbständig zu machen und mit seiner eigenen Liste hervorzutreten.

Die kleine Wahlrechtsreform unterbleibt.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 22. März.

Es erscheint mehr als zweifelhaft, daß es noch kurz vor Toresschluß gelingen wird, die vor Wochen bereits erörterte kleine Wahlreform durchzuführen. Im Reichsinnenministerium ist freilich ein diesbezüglicher Gesetzentwurf ausgearbeitet worden, der nur drei Paragraphen umfaßt. Der leitende Gedanke ist bekanntlich.

das Auftreten von Splitterparteien zu verhindern. Sachlich handelt es sich darum, daß auf den amtlichen Stimmzetteln nur jene Parteien aufgeführt werden sollen, die seither im Reichstag mit mehr als vier Mandaten vertreten sind. Bei einer solchen Regelung würde der amtliche Stimmzettel 10 Parteien aufführen; an 11. Stelle hat man einen kleinen Kreis vorgesehen, in den der Wähler die von ihm gewünschte oben nicht genannte Partei einschreiben könnte. Bei den Beratungen ergab sich keine Einigung über den gemachten Vorschlag. Soweit wir unterrichtet sind, dürfte es überhaupt zu keiner Neuregelung kommen. Abgesehen davon, daß mit solchen Mittelchen das dem jetzigen Wahlsystem anhaftende Uebel nicht an der Wurzel gepackt werden kann, sprechen auch sehr triftige Gründe gegen eine derartige Teillösung. U. a. wird nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, daß die vorgeschlagene Art des amtlichen Stimmzettels eine Niederhaltung nationaler Minderheiten mit sich brächte. Die Polen könnten uns schließlich zum Vorwurf machen, daß wir dasselbe tun, was wir bei ihnen so stark verurteilen. Die Gründe, die für eine Aenderung des Wahlzettels angeführt werden, sind weit weniger schwerwiegend als die Momente, die dagegen vorgebracht werden können. Die Forderung bleibt nach wie vor, daß es möglichst bald zu einer gründlichen Wahlreform kommt. Was der jetzige Reichstag versäumt hat, muß das nächste Parlament nachholen.

Deutsches Reich.

Aus der Zentrumsfraktion des Reichstages.

× **Berlin,** 22. März. (Drahtb. uns. Berl. Redaktion.) In der Donnerstagsitzung der Zentrumsfraktion des Reichstages teilte der stellvertretende Vorsitzende Stegerwald mit, daß der Fraktionschef Abg. v. Guérard noch immer im Krankenhaus liege. Obwohl die Aerzte erklären, daß der Eintritt von Kombinationen nicht ausgeschlossen sei, hofft man dennoch, daß er bald wieder ganz hergestellt ist. Die Fraktion hat beschlossen, dem Abgeordneten Wieber, der am Samstag 70 Jahre alt wird, herzliche Glückwünsche zur Genesung zu übersenden. Wieber hatte bekanntlich mitten in einer Rede, die er vor einigen Wochen in einer Fraktionssitzung hielt, einen Schwächeanfall erlitten.

Bestätigung der Zulassung des Lutherfilms für ganz Deutschland.

:: **Berlin,** 22. März. In der heutigen Sitzung der Film-Oberprüfstelle wurde nach mehr als vierstündiger Verhandlung die Zulassung des Lutherfilmes für ganz Deutschland, und zwar auch für Jugendliche nach Vornahme einiger Streichungen bestätigt. Der Antrag des bayrischen Staatsministeriums, den Film für ganz Deutschland oder wenigstens für Bayern zu verbieten, wurde abgelehnt. (Rücksichten auf die Empfindungen der Katholiken, die u. a. durch die Fuldaer Bischofskonferenz zum Ausdruck kamen, gibt es bei der Film-Oberprüfungsstelle also nicht. D. R.)

Wieder ein Austritt aus der Deutschen Volkspartei.

Liegnitz, 22. März. In einem Schreiben an die Deutsche Volkspartei teilt das Mitglied Staffehl-Biesen (Kreis Ost-Liegnitz), der Vorsitzende des Verbandes der preußischen Landwirte, der „Deutschen Tageszeitung" zufolge seinen Austritt aus der Deutschen Volkspartei mit der Begründung mit, daß der landwirtlichen Notlage seitens der Deutschen Volkspartei nicht gebührend Rechnung getragen worden ist.

Wieder eine Entscheidung Calonders gegen Polen.

)(**Kattowitz,** 22. März. Die hiesigen Zeitungen veröffentlichen heute die Stellungnahme des Präsidenten der Gemischten Kommission für Oberschlesien Calonder in der Beschwerdesache des Deutschen Volksbundes. Es handelt sich darum, daß deutsche Schulkinder zum Mitsingen des antideutschen Liedes „Rota" gezwungen worden waren. In den rechtlichen Erwägungen wird ausgeführt, daß es mit dem Geist der Genfer Konvention unvereinbar sei, in den Schulen Oberschlesiens Gesänge anzuordnen oder zu dulden, die gegen das Volkstum des einen Teiles der Bevölkerung Feindschaft, Haß oder Verachtung zum Ausdruck bringen. Dies ergebe sich auch aus den Bestimmungen der Art. 75 und 133 der Genfer Konvention. Aus diesen Erwägungen heraus wird die Beschwerde des deutschen Volksbundes für begründet erklärt und die zuständige Behörde ersucht, an die Schulleitung die Weisung zu erteilen, das Singen der „Rota" Polnisch-Oberschlesiens zu unterlassen. Diese Entscheidung geht über den Antrag des Deutschen Volksbundes hinaus, der nur ein Verbot für die Minderheitenschulen beantragt hatte.

Mysteriöser Tod der Schwester Frau Ivogüns.

)(**Berlin,** 22. März. Die Vossische Zeitung meldet den unter mysteriösen Umständen erfolgten Tod der Schwester der Opernsängerin Frau Ivogün, der Frau Fritzi Meyer aus Zürich. Frau Meyer hat vor einigen Wochen mit dem Dampfer „Resolute" eine Weltreise angetreten. Am Dienstag erhielt die Hapag vom Kapitän des Dampfers die telegrafische Verständigung, daß Frau Fritzi Meyer auf offener See auf der Fahrt zwischen Bangkok und Borneo auf dem Dampfer verschwunden sei. Zwei Möglichkeiten waren gegeben: Selbstmord auf hoher See oder Mord. Gegen einen Selbstmord sprach jedoch das Fehlen jeden Motivs. Frau Ivogün und ihr Gatte, der Kammersänger Erb, sind auf die Nachricht von dem mysteriösen Verschwinden ihrer Angehörigen nach Zürich zu den Eltern der Frau Ivogün gereist.

Das Touristenunglück bei Salzburg.

)(**Salzburg,** 21. März. Nach den letzten Meldungen trug sich das Unglück auf dem Sonnblick folgendermaßen zu: Die Touristen waren durch den plötzlich einsetzenden Föhnsturm in ihrer Gebirgswanderung aufgehalten worden und hatten in der Nähe des Neubaues sich zusammengefunden, um zu beratschlagen, wohin sie sich wenden sollten. Sie standen dabei alle dichtmassiert auf dem Steilhang. Durch die übergroße Belastung der Schneemassen kam eine Lawine ins Rollen, die 15 von den 17 Touristen etwa 400 Meter in die Tiefe riß. Nur vier Touristen, die ganz oben auf dem Hang standen, vermochten sich zu retten. Auch sie waren wohl durch die Schneemassen verschüttet worden, konnten sich aber mit großer Mühe wieder herausarbeiten. Sie trugen nur Hautabschürfungen davon. Bergführer aus Kolm-Saigurn, die sich sofort auf die Suche nach den Verschütteten machten, fanden etwa 400 Meter unterhalb der Absturzstelle abgebrochene Skistöcke, Skier und verschiedene andere Ausrüstungsstücke. Die Bergführer mußten jedoch nach fünfstündiger Arbeit die Suche nach den Verschütteten als aussichtslos aufgeben.

Die verschütteten Skifahrer sind durchweg Wiener. Die Namen von 11 Personen sind bereits bekannt. Rettungsexpeditionen sind von Rauris, Böckstein und Gastein abgegangen. Da sich die Bergungsarbeiten infolge des herrschenden Schneesturmes äußerst schwierig gestalten, dürften vor morgen keine näheren Nachrichten zu erwarten sein.

12 Todesopfer des Lawinenunglücks geborgen.

Eine Alpine-Gendarmerieabteilung ist um ½6 Uhr früh nach Ueberwindung ungeheurer Schwierigkeiten an der Stelle angelangt, wo die dreizehn Wiener Skifahrer verschüttet worden sind. Eine Turnerabteilung aus Tazenbach traf ungefähr zwei Stunden später ein und den vereinten Bemühungen ist es bis 10 Uhr gelungen, zwölf von den Verschütteten als Leichen zu bergen. Ein Verunglückter wird noch vermißt.

Zum Lawinenunglück im Riesengebirge.

)(**Hirschberg,** 22. März. Bei dem anläßlich des Lawinenunglücks im Riesengebirge ums Leben gekommenen Skiläufer handelt es sich um den 15jährigen Bauschüler und Sohn des Bauführers Günther aus Erdmannsdorf im Riesengebirge, der mit seinem 35 Jahre alten Onkel gleichen Namens am Kleinen Teich auf eine Schneewechte geriet, die plötzlich in den Grund stürzte. Der jugendliche Günther geriet dabei unter eine Schneemasse von 6 bis 10 m Tiefe. Die sofort alarmierte Gebirgsrettungskolonne sowie 30 Reichswehrsoldaten, insgesamt etwa 100 Mann, arbeiteten fieberhaft an der Ausgrabung des Verschütteten, doch mußten die Rettungsarbeiten wegen Lawinengefahr und Frost eingestellt werden. Erst mit Eintritt der Schneeschmelze wird es gelingen, die Leiche zu bergen.

Zubkow haßt Deutschland.

Zubkow gewährte dem „Matin" zufolge einem Berichterstatter der „Chicago Tribune" eine längere Unterredung. „Nein, ich habe die Absicht einer Scheidung überhaupt nicht in Erwägung gezogen," sagte Herr Zubkow, „denn meine Frau versteht mich sehr gut. Sie ist keineswegs eifersüchtig. Sie ist meine Kameradin, und ihr Herz ist immer noch 18 Jahre alt. Mit ihrem ersten Gatten, dem Prinzen von Schaumburg-Lippe, den sie auf Befehl Bismarcks heiraten mußte, war sie ja so unglücklich. Meine Frau weilt augenblicklich in Bonn, und wir führen täglich ausgiebige Telephongespräche, wobei ich ihr über mein ganzes Tun und Erleben Rechenschaft ablege. In nächster Zeit werde ich zum Kongo abreisen, und meine Frau wird es nicht versäumen, mir Lebewohl zu wünschen. (Man denke!) Mitreisen kann sie nicht, aus Gesundheitsrücksichten; aber in drei Monaten werde ich sie abholen kommen, und wir werden nach Amerika auswandern, wo ich eine Existenz gründen will. Man hat mir von „drüben" ein Filmangebot gemacht. Außerdem spiele ich gut Balalaika und singe auch russische Volkslieder. Wir werden also schon zu leben haben." Dem Berichterstatter erklärte Zubkow weiter, daß er Deutschland hasse, dieses Deutschland, das aus seiner Ehe und seinem Privatleben eine billige Sensation gemacht habe. Zum Schluß der Unterredung sagte Zubkow wörtlich: „Nach dem Tode meiner Frau werde ich nie wieder eine Prinzessin heiraten, denn ich habe genug von dieser Oeffentlichkeit, die mein Leben vergiftet." (Es dürfte sich auch so schnell für Zubkow keine zweite Prinzessin mehr finden.)

Er ist krank.

= **Brüssel,** 22. März. In dem Augenblick, als Zubkow auf Veranlassung der Polizei Belgien verlassen sollte, erkrankte er an Grippe und muß das Bett hüten. Er beantragte deshalb die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis, die ihm auch gewährt wurde.

Feuersbrünste.

× **Hannover,** 22 März. Heute vormittag ist in der Nähe von Cananohe ein Heidebrand entstanden. Durch den anhaltenden Ostwind begünstigt, hat das Feuer bereits eine Breite von acht Kilometern angenommen. Die Technische Nothilfe und andere Hilfsmannschaften, zum Teil auch Reichswehr, sind zur Brandstelle entsandt worden.

◆ **Schwerin,** 22. März. Das mecklenburgische Dorf Klein-Krams bei Ludwigslust wurde heute früh von einer furchtbaren Brandkatastrophe heimgesucht, der 13 Gebäude, ein Menschenleben und viel Vieh zum Opfer fielen. Das Feuer war auf einem Gehöft des Hofbesitzers Hagen in den weichbedachten Wohn- und Wirtschaftsgebäuden ausgebrochen und infolge des Sturmes mit rasender Schnelligkeit auf die Nachbargrundstücke übergesprungen. Eine 66 Jahre alte Frau konnte sich nicht retten und fand den Tod in den Flammen.

◆ **Kolberg,** 22. März. Heute nacht wurde die Ortschaft Damitz von einem verheerenden Feuer heimgesucht, dem 8 Gebäude bäuerlicher Besitzer zum Opfer fielen. Da Gefahr für das ganze Dorf bestand, mußte ein Kommando der Kolberger Reichswehr zur Hilfeleistung entsandt werden. Mitverbrannt sind sämtliche Ernte- und Futtervorräte und alle in den abgebrannten Gebäuden untergebrachten landwirtschaftlichen Maschinen ferner 50 Schweine, 5 Schafe und sehr viel Federvieh. Das Feuer wird auf Brandstiftung zurückgeführt.

Stolp, 22 März. Infolge Funkenfluges eines gestern an der Lauenburger Kreisgrenze bei Wußkow ausgebrochenen Waldbrandes fing das mit Stroh gedeckte Gehöft des Ansiedlers Rudolf Graumann Feuer; es breitete sich so schnell aus, daß die im Zimmer befindliche 30 Jahre alte Ehefrau und ihre beiden Kinder nur noch mit brennenden Kleidern das Freie erreichen konnten. Alle drei mußten ins Lauenburger Krankenhaus geschafft werden, wo die Frau und das 11 Monate alte Kind den schweren Brandwunden erlagen, während das zweite Kind mit dem Leben davon kommen dürfte. Da die gesamte Feuerwehr bei dem Löschen des Brandes beschäftigt war, konnte niemand helfen, und das Anwesen brannte mit dem gesamten Viehbestand und Mobiliar vollständig nieder.

Uhyst (Kreis Hoyerswerda), 22. März. Gestern nachmittag in der 2. Stunde wurde der Ort Drehna bei Uhyst von einer Feuersbrunst heimgesucht, die infolge des herrschenden Sturmes einen großen Umfang annahm. Zwei Gehöfte fielen dem Feuer vollständig zum Opfer, während von fünf weiteren Gehöften die Stallungen und Scheunen vernichtet wurden. Viel Vieh ist mit verbrannt. Da nur wenig gerettet werden konnte, sind einzelne Besitzer, die ihr ganzes Hab und Gut verloren haben, schwer geschädigt. Die Ursache des Brandes ist noch nicht ermittelt.

≋ **Kopenhagen,** 22. März. Wie aus Viborg gemeldet wird, ist die Karuper Heide in Mittelsütland in einer Ausdehnung von 20 bis 30 Quadratkilometern den Flammen zum Opfer gefallen. Wie durch ein Wunder blieben die Heidehöfe verschont, obgleich das Feuer bis zu den Obstgärten vordrang und den Baumbestand vernichtete. Ein ähnlich gewaltiger Heidebrand ist in Dänemark seit Menschengedenken nicht erlebt worden. Seine Entstehung ist auf Funkenflug aus einer Lokomotive zurückzuführen. Auch aus Nordschleswig werden Wald- und Heidebrände gemeldet. Auf Seeland ist der Wirtschaftshof der Herrschaft Sparresholm vollkommen niedergebrannt. In den Flammen sind 200 Stück Vieh sowie Pferde und Schweine umgekommen.

● **Shimoga,** 22. März. Durch ein gewaltiges Schadenfeuer wurden in dem Dorfe Esur in der Provinz Shikarpur des Staates Mysore 400 Häuser völlig zerstört und 31 Personen kamen ums Leben. Der Maharadscha von Mysore beschloß, die Einziehung der Steuern in dem vom Unglück betroffenen Dorf aufzuheben und den Einwohnern eine Anleihe zum Wiederaufbau des Dorfes zu bewilligen.

Die innere Politik vor dem Reichstag.

Erregter Ausklang der Sitzung.

× **Berlin,** 22. März.

Der Reichstag nimmt zu Beginn seiner heutigen Sitzung ohne Aussprache in allen drei Lesungen das Gesetz über den Gebietsaustausch zwischen Sachsen und Thüringen an, ebenso das deutsch-spanische Luftverkehrsabkommen.

Es folgt die zweite Beratung der

deutsch-französischen Vereinbarungen über den Warenaustausch zwischen dem Saarbeckengebiet und dem deutschen Zollgebiet.

Abg. Dr. Reichert (Dn.) führt aus, das vorliegende Abkommen bringe der bedrängten Bevölkerung an der Saar noch nicht die ersehnte Erlösung. Dies könne erst durch die völlige Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem deutschen Mutterland erreicht werden. (Beifall.)

Abg. Sollmann (S.) nennt es einen unerhörten Zustand, daß die kerndeutsche Bevölkerung an der Saar ohne ein wirkliches Parlament einer fremden Regierung überantwortet sei. Das Schicksal dieses Landes werde in den großen Linien der Außenpolitik entschieden. Die nächsten Wahlen in Deutschland und Frankreich müßten die Bahn frei machen für die deutsch-französische Verständigung.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Z.) beklagt gleichfalls das Schicksal der Saarbevölkerung, die französischer Mißwirtschaft ausgeliefert sei. Vom Reichstag aus werde der Gruß von dieser Bevölkerung erwidert mit dem Ruf: Deutsch an der Saar auf immerdar! (Beifall.)

Die Vereinbarung wird hierauf in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Es wird dann eine vom Auswärtigen Ausschuß vorgelegte Entschließung angenommen, die von der Regierung Maßnahmen verlangt, um die Rechte der deutschen Gläubiger gegenüber dem von der Tschechoslowakei beschlossenen Abwertungsgesetz betr. die alten Silber- und Goldmarkprioritäten und Sparkassenguthaben zu wahren. Der deutsch-polnische Vertrag über polnische Arbeiter wird in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso das Zusatzabkommen zum deutsch-litauischen Handelsvertrag.

Es folgt der

endgültige Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Ursache des inneren Zusammenbruches im Weltkriege.

Der Ausschuß hat die Ergebnisse der Untersuchung in einer Gesamtentschließung zusammengefaßt. (Darüber wird an anderer Stelle berichtet.)

Abg. Dr. Philipp (Dn.) berichtete über die Verhandlungen des vierten Unterausschusses, der sich in 91 Sitzungen mit der Frage des inneren Zusammenbruches eingehend beschäftigt habe. Den Kernpunkt der Verhandlungen habe immer wieder die Frage gebildet, ob die Revolution gemacht wurde, oder ob sie sozusagen von selbst gekommen sei. Die Ausschußmitglieder wichen in der Beantwortung dieser Frage erheblich voneinander ab. Abschließend hat der Ausschuß festgestellt, daß die Schuld am Zusammenbruch nur im wechselseitigen Zusammenwirken zahlreicher Ursachen gefunden werden kann.

Ohne weitere Aussprache stimmt das Haus der Ausschußentschließung zu.

Es folgt die

zweite Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern.

Abg. Dr. Schreiber (Z.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Der Ausschuß fordert in einer Entschließung, bei der Regierungen aller deutschen Länder darauf hinzuwirken daß es den Beamten zur Pflicht gemacht wird, an Veranstaltungen, bei denen Flaggenschmuck verwendet wird, in ihrer amtlichen Eigenschaft nur dann teilzunehmen, wenn die Reichsfarben an hervorragender Stelle gezeigt werden. Ferner wird ein Gesetzentwurf gefordert, der für alle Deutschen an Stelle der Staatsangehörigkeit eine deutsche Reichsangehörigkeit setzt. Weiter werden Maßnahmen gefordert, daß nicht lebensfähige kleine Länder sich mit benachbarten größeren Ländern vereinigen. Schließlich soll darauf hingewirkt werden, daß die überflüssigen und kostspieligen Gesandtschaften der Länder untereinander aufgehoben werden. Der Religionsunterricht soll in den Schulen nach den Bestimmungen der Reichsverfassung erteilt werden, und im gesamten Unterricht sollen die religiösen Gefühle der Kinder nicht verletzt werden.

Abg. Sollmann (S.) erklärt, das Reichsinnenministerium sei zu einer deutschnationalen Parteifiliale geworden. Herr v. Keudell sei als Verfassungsminister dadurch charakterisiert, daß er den Direktor der Verfassungsabteilung Dr. Brecht maßregelte, nur weil Brecht Republikaner ist. Der Redner fragt den Minister, ob er nicht die gegen den preußischen Reichsratsbevollmächtigten Dr. Badt gerichteten, vom Reichsrat einstimmig als unbegründet erklärten Vorwürfe endlich zurücknehmen wolle. Beamte, die dem früheren Kaiser Glückwünsche nach Holland senden, sollten auf Gehalt von der Republik verzichten und

als Lakaien bei S. M. Dienst nehmen.

Der Föderativgedanke sei gut für die Einigung Europas, unbrauchbar aber für Deutschland. Der neuerliche Aufruf des Zentrums für den „echten Föderativstaat" beweise nur die wachsende Unsicherheit der Föderalisten. Die Sozialdemokraten seien Unitarier, aber sie wünschten keine schematische Dezentralisation.

Abg. Berndt (Dn.) erklärt, schon die Vorlage des Reichsschulgesetzes allein sei eine Großtat der letzten Regierungskoalition gewesen, für die dem Minister von Keudell Dank gebühre.

Das Scheitern des Schulgesetzes

erregt Empörung bei der ganzen christlichen Elternschaft. Der Kampf um das Schulgesetz werde fortgeführt werden, bis die konfessionelle Volksschule und die Souveränität des Elternrechtes gesetzlich gesichert sei. Das gesunde Gefühl des Volkes lehne sich auf gegen die vorzeitigen Reichstagsneuwahlen. Die unter dem Schlagwort „Einheitsstaat" geführte Agitation sei aus parteipolitischen Gründen künstlich entfacht worden. Die Gefühle der Süddeutschen sollten pfleglicher behandelt werden. Die Ursache aller Mißstände sei die demokratisch-parlamentarische Verfassung, die für Deutschland nicht passe. Eine Reform der Verfassung sei notwendig im Sinne der Beschlüsse der Länderkonferenz. Der Redner verlangt die Vereinigung der Aemter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten in einer Person. Die Regierung müsse unabhängig vom Vertrauen des Parlaments sein. Der Reichspräsident müsse das Recht haben, die Minister zu ernennen und gegen Parlamentsbeschlüsse Einspruch zu erheben. Er müsse dieselben Rechte haben, wie der Präsident der Vereinigten Staaten. Von den Parteien der Linken werde ein wütender Haß gegen die alten Traditionen, vor allem gegen die schwarz-weiß-rote Fahne gepflegt, während die Deutschnationalen ihre volle Loyalität der schwarz-rot-goldenen Fahne gegenüber bewiesen hätten. (Unruhe links.) Zu verurteilen sei der Gesinnungsterror, der in der Flaggenfrage geübt werde (Große Unruhe links.) Statt eines Volksstaates haben wir einen unfreien Parteistaat. Ich erinnere nur an die russischen Sowjetmethoden, die der preußische Kultusminister Dr. Becker gegen die Studenten anwendet. (Erregte Zurufe links.) Der Parteifanatismus wendet sich sogar gegen den Gedanken der Landesverteidigung. (Abg. Hildenbrand (Soz.): „Wer hat das Land verteidigt? Sie doch nicht, sondern die Arbeiterschaft!") Wollen Sie mir das bestreiten? Nur bei uns sind solche Reden möglich, wie sie Professor Quidde hält. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Zurufe: Schämen Sie sich! — Abg. Sollmann wird wegen eines Zurufes zur Ordnung gerufen.) Wir wollen die körperliche und sittliche Ertüchtigung der Jugend. Einer Presseberichterstattung, wie sie sich beim Kranzprozeß zeigte, muß entgegengetreten werden. (Rufe links: Lokalanzeiger! — Rufe rechts: Achtuhrabendblatt!)

Wenn unsere Minister deutschnationale Beamten in die Verwaltung bringen,

dann handelt es sich um tüchtige Leute (Gelächter links.) Der preußische sozialdemokratische Innenminister betrachtet aber den Staat als den ersten Diener der Sozialdemokratie. (Erregte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ihnen ist der Begriff der Treue fremd, Herr Loewenstein! (Abg. Dr. Loewenstein (Soz.) wendet sich mit erregten Worten gegen den Redner.)

Unter großem Lärm schließt Abg. Berndt seine Rede.

Um 17,15 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag 14 Uhr vertagt.

Von Nah und Fern.

Ein Opfer des Sturmes.

× **Berlin,** 22. März. Der starke Wind, der gestern den ganzen Tag über herrschte, hat auch ein Todesopfer gefordert. Die 15jährige Handelsschülerin Charlotte Wedel aus Schönwalde benutzte zur Heimfahrt von Berlin die Kleinbahn. Schon vor Einfahrt des Zuges in den Bahnhof verließ sie das Abteil und stellte sich auf die Plattform, ohne die Schutztür zu schließen. Bei einem heftigen Windstoß verlor das junge Mädchen das Gleichgewicht und stürzte vom Wagen. Sie geriet unter die Räder und war sofort tot. Die Wedel hatte gestern in Berlin auf einer Handelsschule ihre Prüfung bestanden.

Das ganze Vermögen gestohlen.

:: **Berlin,** 22. März. Einer Wochenmarkthändlerin ist gestern ihr ganzes Vermögen im Betrage von 13000 Mark, darunter 300 Mark in Goldstücken, das sie dauernd in einer ledernen Tasche bei sich führte und während des Marktes in einer Kiste unter dem Stand aufbewahrte, auf dem Charlottenburger Wochenmarkt gestohlen worden.

Schwerer Unfall in einer Kiesgrube.

)) **Straubing** (Niederbayern), 22. März. In einer Kiesgrube bei Straubing wurden gestern durch herabrollende Kiesmassen drei Arbeiter verschüttet. Einer war sofort tot; die beiden anderen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Der 12. Tote der Einsturzkatastrophe auf der Friedländer Grube.

:=: **Lauchhammer,** 22. März. Heute nachmittag ist im hiesigen Krankenhaus der Schlosser Malik als zwölftes Todesopfer der Einsturzkatastrophe auf der Friedländer Grube seinen Verletzungen erlegen. Die Beisetzung der Toten wird voraussichtlich am Sonnabend erfolgen. Die Toten werden am Freitag in einem Saal in Lauchhammer-Werk aufgebahrt, wo auch die Trauerfeier stattfinden soll. Die Untersuchung über die Ursache der Katastrophe ist noch im Gange.

Ein Auto im Oetztal abgestürzt.

!! **Innsbruck,** 22. März. Heute morgen stürzte bei Sölden im Oetztal ein mit acht Personen besetztes Auto über den Bergabhang und überschlug sich mehreremale. Dabei wurden zwei Personen getötet, drei schwer, drei leichter verletzt. Einer der Getöteten ist der bekannte Tiroler Sportsmann und ehemalige Inhaber des deutschen Bobmeistertitels, Notar Dr. Julius von Moro.

Explosion in einer polnischen Pulverfabrik.

)(**Warschau,** 22. März. In einer Militärpulverfabrik in Bromberg ist gestern vormittag eine Anzahl Handgranaten explodiert. Ein Gebäude der Fabrik ist niedergebrannt. Das Feuer breitete sich auch auf einen danebenliegenden Wald aus, der ebenfalls dem Brande zum Opfer fiel.

Anschlag auf eine Eisenbahn in Jugoslawien.

:=: **Belgrad,** 22. März. In der vergangenen Nacht wurden Bahnwärter in der Nähe von Kotschane auf verdächtige Personen aufmerksam, die im Schutze der Dunkelheit und infolge Nebels unerkannt entkamen. Die am frühen Morgen unternommenen Nachforschungen führten zu der Entdeckung einer Höllenmaschine, die 400 Meter von der Bahn entfernt von den Flüchtlingen zurückgelassen worden war. Bemerkenswert ist, daß bereits im vergangenen November an derselben Stelle ein Sabotageakt verübt worden ist.

Das Erdbeben in Mexiko

Mexiko, 22. März. Das gestrige Erdbeben ist das stärkste, das seit Jahren sich in Mexiko ereignet hat. Die Bevölkerung lief zu Tausenden auf die Straßen und die Häuser schwankten beträchtlich. In Veracruz dauerte das Beben einhalb Minuten. Die Bestürzung war allgemein, Schaden wurde nicht angerichtet.

Ein chinesischer General ermordet.

:: **New York,** 21. März. Wie die Associated Preß aus Tientsin meldet, ist dort der General Tschang Schaotse ermordet worden.

Kommunistenverhaftungen in Japan.

)) **Schanghai,** 22. März. Die am 15. März erfolgten Verhaftungen von Kommunisten haben einen größeren Umfang, als ursprünglich angegeben war. Die polizeilichen Maßnahmen wurden gleichzeitig in Tokio, Yokohama, Nagoya, Kyoto, Osaka, Kobe, Okayama-Fukuoka und Kokkaido durchgeführt. Man nimmt an, daß etwa 1000 Personen verhaftet worden sind. Alle kommunistischen Versammlungsorte und verdächtige Wohnungen wurden von der Polizei durchsucht, zahlreiche Schriftstücke wurden beschlagnahmt.